

Berlin, den 28. Juli 2026

EU Inc. – Eine echte Chance für den europäischen Wirtschaftsstandort

In einer Verbände-Allianz aus Bankenverband, Business Angels Deutschland (BAND), KI-Bundesverband, Startup-Verband und Verband der Unternehmerinnen (VdU) werben wir gemeinsam dafür, das Vorhaben der EU-Kommission für die Gesellschaftsform „EU Inc.“ entschlossen zu unterstützen. Der europäische Binnenmarkt ist unsere Chance im globalen Wettbewerb an der Spitze mitzuspielen – und die EU Inc. ist ein wichtiger Schlüssel dafür.

Die Diagnose ist bekannt: Europa bremst sein Innovationspotenzial durch mehr als 60 nationale Gesellschaftsformen, aufwendige grenzüberschreitende Verfahren und Kapitalbarrieren aus, die wachstumsstarke Unternehmen systematisch in Richtung USA drängen. Daher greifen deutsche und europäische Gründer oft auf das US-amerikanische Gesellschaftsrecht (Delaware Inc.) zurück. Gründer und Investoren schätzen den einfachen, einheitlichen und flexiblen Rechtsrahmen, der dort auch administrative Prozesse erheblich beschleunigt – Vorteile, die die unterschiedlichen europäischen Vorgaben aktuell nicht bieten können. Die Firmierung in Delaware legt dabei bereits bei der Gründung den Grundstein für Börsengänge jenseits des Atlantiks – und für den dauerhaften Verlust von Innovationskapital und Wertschöpfung für Europa. Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist das eine höchst unerwünschte Entwicklung.

Gerade für junge KI- und Deep-Tech-Unternehmen, deren Skalierungsfenster kurz und Kapitalbedarf hoch ist, ist die Frage, wo gegründet, finanziert und skaliert wird, keine rein gesellschaftsrechtliche, sondern eine strategische. Digitale Souveränität setzt voraus, dass diese wachstumsstarken Tech-Unternehmen ihre Wertschöpfung in Europa aufbauen können, statt sie früh an US-Strukturen zu binden.

Die EU Inc. adressiert diesen Strukturbruch. Sie soll eine digitale Gründung in 48 Stunden ohne Mindestkapital und mit harmonisierten Anteilsklassen ermöglichen – und sie schafft die gesellschaftsrechtlichen Voraussetzungen für die Skalierung im europäischen Binnenmarkt: flexible Finanzierungsinstrumente ohne Notar- und Formzwänge bei Kapitalmaßnahmen, ein digitales Anteilsregister mit konstitutiver Wirkung sowie ein harmonisiertes Mitarbeiterbeteiligungsprogramm. Für

Investoren bedeutet ein europäischer Rahmen mit Wiedererkennungseffekt deutlich niedrigere Such- und Beratungskosten. Damit werden grenzüberschreitende Investitionen in Wachstumsunternehmen attraktiver.

Hervorzuheben ist die vorgesehene digitale Infrastruktur, die sich derzeit noch im Aufbau befindet. Die EUDI-Wallet – und perspektivisch eine EU Business Wallet – bieten die Möglichkeit, gesellschaftsrechtliche Verfahren vollständig digital, rechtssicher und automatisiert abzuwickeln. Für Deutschland ergibt sich daraus eine zusätzliche Chance: Die EU Inc. kann damit zum Treiber für die längst überfällige Digitalisierung unserer Verwaltung werden.

Der Kommissionsentwurf repräsentiert das Mindestambitionsniveau, das eine europäische Gesellschaftsform erfüllen sollte, um einen echten Fortschritt gegenüber dem Status quo zu markieren: unmittelbar geltende Verordnung statt Richtlinie, konsequente Digitalität, keine Notarpflicht bei Anteilsübertragungen, harmonisierte Finanzierungsinstrumente und ein funktionierender Weg in den Kapitalmarkt.

Gemessen an den hochgesteckten Zielen, die mit einer EU Inc. verbunden werden, ist aber bereits dieser Entwurf ein Kompromiss.

Vor diesem Hintergrund appellieren wir an Sie, den Kommissionsentwurf nach Kräften zu unterstützen und ihn gegen erkennbare Verwässerungsabsichten zu verteidigen. Die EU Inc. ist ein notwendiger Baustein für einen wettbewerbsfähigen europäischen Binnenmarkt – und ein erster Schritt auf einem Weg, der mit einer echten Kapitalmarktunion und standardisierten Skalierungsprozessen konsequent fortgesetzt werden muss. Wichtig ist es dabei, auch die Rahmenbedingungen für Fremdkapitalfinanzierungen in der EU weiter zu vereinheitlichen.

Um eine für die Praxis erfolgreiche neue EU-Gesellschaftsform zu schaffen, darf der Kommissionsentwurf nicht weiter ausgehöhlt werden und muss der gesamte Finanzierungsbedarf eines Unternehmens von Anfang an mitgedacht werden: sowohl durch Eigen- als auch durch Fremdkapital.

Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung und stehen für weiterführende Gespräche gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

